



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Dr. Paul Wengert, Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Susann Biedefeld und Fraktion (SPD)**

Zusätzliche Stellen für Richter und Richterinnen an den Verwaltungsgerichten in Bayern zur Bearbeitung von Klagen abgelehnter Asylbewerber

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass an den bayerischen Verwaltungsgerichten und dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof die erforderlichen Stellen für Richterinnen und Richter geschaffen werden, um die gestiegene Zahl der Klagen abgelehnter Asylbewerber zügig bearbeiten zu können.

Der erforderlichen Stellen sind im Nachtragshaushalt 2016 im Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr im Kapitel 03 06 (Verwaltungsgerichte) und im Kapitel 03 05 (Bayerischer Verwaltungsgerichtshof) auszuweisen.

Begründung:

Vor kurzem beklagte der Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, dass die steigende Zahl von Klagen abgelehnter Asylbewerber die Verwaltungsgerichte überfordere und es zu einem Verfahrensstau komme. Bayernweit fehlten mindestens 50 Richterinnen und Richter an den Verwaltungsgerichten, um die Klagen zügig bearbeiten zu können.

Nach Angaben des Präsidenten des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs sei an den Verwaltungsgerichten bis heute der Personalabbau seit Mitte der neunziger Jahre zu spüren. Nach dem Rückgang der Asylbewerberzahlen als Folge des sog. Asylkompromisses seien rund 25 bis 30 Prozent der Richterstellen abgebaut worden. Obwohl sich die Zahl der Asylbewerber inzwischen wieder auf einem ähnlichen Niveau wie Anfang der 1990er Jahre bewege, habe die Zahl der Stellen für Richterinnen und Richter an den Verwaltungsgerichten nicht entsprechend zugenommen.